

# Billionen für die Bankenrettung

Nicht nur Finanzpolitiker haben EU-Staaten in die Bredouille gebracht, sondern vor allem die Banken.

Die Eurokrise ist eine ernste Herausforderung für die Demokratie. Nicht so sehr, weil einige Länder andere finanziell unterstützen müssen, sondern wegen der problematischen Beziehung zwischen öffentlichen Haushalten und Bankensystem. Das sagt Professor Matthias Kumm vom Wissenschaftszentrum Berlin.\* Die unzulängliche Regulierung habe die Banken in die Lage versetzt, die Staaten „zu ihrer Rettung zu zwingen, um die Ansteckungsgefahr auf die Realwirtschaft zu bannen“. So haben die EU-Länder den Banken allein von Oktober 2008 bis Oktober 2011 Hilfgelder und Garantien im Wert von 4,5 Billionen Euro gewährt. Das entspricht mehr als einem Drittel des europäischen Bruttosozialprodukts.

Kumm weist darauf hin, dass gerade die Bankenrettungen „eine wesentliche Ursache für die wachsende Verschuldung der Mehrheit hilfsbedürftiger Staaten in der Eurozone“ seien. Die Finanzierungsprobleme einiger Eurostaaten sind nach Kums Analyse keineswegs immer eine Folge unsolider Finanzpolitik. Deutlich werde das am Beispiel Sloweniens: Nach einer Herabstufung durch Rating-Agenturen verteuerten sich neue Kredite für das Land deutlich. Der Grund für das schlechte Rating war aber nicht die staatliche Haushaltspolitik – Sloweniens Staatsschuld beträgt weniger als 60 Prozent der Wirtschaftsleistung –, sondern die Befürchtung, der Staat werde letztlich für die faulen Kredite der Banken

## Viel Staatsgeld für die Banken

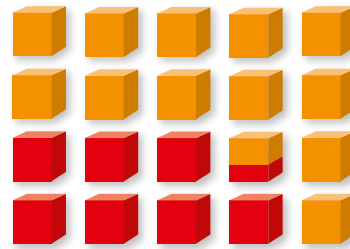
Die Europäische Kommission hat zwischen Oktober 2008 und Oktober 2011...

4,5 Billionen €

Staatshilfen für Finanzinstitutionen genehmigt

dies entspricht

37%



des europäischen Bruttosozialprodukts

Quelle: Europäische Kommission 2012 | © Hans-Böckler-Stiftung 2012

geradestehen müssen. Ähnlich sieht Kumm die Situation in Spanien. Um das Primat demokratischer Politik gegenüber den Finanzmärkten wiederherzustellen, „muss die Symbiose zwischen öffentlichen Haushalten und Banken aufgebrochen werden“, schreibt der Wissenschaftler. ◀

\* Quelle: Matthias Kumm: It's the banks, stupid! Die Euro-Krise als Demokratiekrise, in: WZB-Mitteilungen Nr. 137, September 2012  
Download und Quelledetails: [www.boecklerimpuls.de](http://www.boecklerimpuls.de)

# Fortschritt durch Gewerkschaften

Ohne Gewerkschaften wäre es um den Arbeits- und Gesundheitsschutz schlecht bestellt.

Die Ursachen der „Staublung“ sind seit Langem bekannt: Dass zwischen dieser Krankheit und den Arbeitsbedingungen im Kohlebergbau ein Zusammenhang besteht, sei bereits 1831 festgestellt worden, schreiben der Würzburger Ökonom Alejandro Donado und Professor Klaus Wälde von der Universität Mainz. Doch die USA hätten erst 1969 gesetzliche Vorschriften zum Schutz der Bergarbeiter verabschiedet – deutlich später als in Deutschland und nach politischem Druck von Gewerkschaften. Auch in vielen anderen Branchen seien Maßnahmen zum Schutz der Beschäftigten erst durch gewerkschaftliches Engagement zustande gekommen. Warum Gewerkschaften eine so entscheidende Rolle beim Arbeits- und Gesundheitsschutz spielen, versuchen die Wirtschaftswissenschaftler aus theoretischer Sicht zu klären.\*

Bei ihrer Analyse gehen sie davon aus, dass viele Nebenwirkungen des technischen Fortschritts zunächst ungewiss sind. Wie sich neue Produktionsmethoden auf die Gesundheit auswirken, stelle sich erst im Laufe der Zeit heraus. Einzelne Beschäftigte hätten gar nicht die Möglichkeit, sich eine fundierte Meinung über Gesundheitsrisiken zu bilden und ihre Interes-

sen zu verteidigen. Denn einerseits beschränkten sich ihre Informationen auf die eigenen Erfahrungen, andererseits gälten Beschwerden einzelner Arbeitnehmer als wenig glaubwürdig, so die Ökonomen. Auch von demokratischen Regierungen seien Interventionen zugunsten der Beschäftigten nicht zu erwarten, solange ihre Wähler nicht über den Handlungsbedarf informiert sind. Die Folge: zu wenig Arbeitsschutzmaßnahmen.

Gewerkschaften hingegen verfügten über hinreichend viele Beobachtungen ihrer Mitglieder, um Gesundheitsgefahren glaubwürdig nachweisen zu können. Zudem hätten sie genügend politischen Einfluss, um Verbesserungen auch gegen den Widerstand von Arbeitgebern oder Politikern durchzusetzen. Damit tragen sie laut Donado und Wälde zu einer höheren gesellschaftlichen Wohlfahrt bei. Zwar habe der Arbeits- und Gesundheitsschutz zumindest in den entwickelten Staaten mittlerweile ein recht hohes Niveau erreicht. Doch nach wie vor gebe es hier Handlungsfelder für Gewerkschaften – wie beispielsweise die aktuelle Diskussion um das Burn-out-Syndrom zeige. ◀

\* Quelle: Alejandro Donado, Klaus Wälde: How Trade Unions Increase Welfare, in: Economic Journal, September 2012  
Download unter [www.boecklerimpuls.de](http://www.boecklerimpuls.de)